

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/40. Jahrgang

September 2009

Schutzgebühr: 0.30 E

Landesgartenschau - Opfer Nr. 1: Blau-Weiß

Der Antrag der Fraktion Die Linke zur Absage der Gartenschau ist eingereicht; im September wird im Stadtparlament darüber abgestimmt.

Inzwischen gibt es in der Bevölkerung, in Agenda-Gruppen und auch in den Parteien heiße Diskussionen darüber; die SPD verlangt eine „Neubewertung“. Auch eine Umfrage der Gießener Allgemeinen im Internet zeigt eine große Ablehnung.

Mit dem Mammutprojekt Gartenschau wäre die Wieseck-Aue auf Jahre hinaus unbegebar; der Verkehrsübungsplatz und vor allem der Fußballverein Blau-Weiß sollen geopfert werden. Dieser Verein mit seinen ca. 200 Mitgliedern wurde wegen seiner Integrationsarbeit ausgezeichnet; gerade die soziale Kompetenz gegenüber den etwa 100 Jugendlichen und Kindern spricht ihm niemand ab. Dieser Verein ist Nord-Stadt-Verein, genauso wie Schwarz/Weiß zur Margaretenhütte, der ASV zur Weststadt oder der ACE zum Eulenkopf gehört. Diesen Verein aus seinem angestamm-

ten Gebiet zu vertreiben, heißt, den Kindern und Jugendlichen ihre Sportstätte zu verschließen und sie sozial



auszugliedern.

Welches Interesse von Seiten des Magistrats gegenüber dem Amateursport vorliegt (im Gegensatz zu den Profi-Basketballern!), offenbart das Verhalten nach dem vernichtenden Brand des Vereinsheims im März

2009. Auf eine Anfrage unserer Fraktion am 2. Juli versprach OB Haumann baldige Gespräche. Diese haben stattgefunden. In dieser Besprechung wurde eine fachgerechte Entsorgung der Brandschäden durch das Hochbauamt zugesagt. Zu Saisonbeginn Mitte August sollte alles soweit hergerichtet sein, um einen ordentlichen Spielbetrieb zu gewährleisten. Geschehen ist überhaupt nichts.

Opfer Nr. 2: soziale Belange

Seitens der DKP wird die Meinung vertreten, dass die für die Durchführung der Gartenschau geplanten Gelder für soziale Zwecke, also gerade auch für den Amateursport ausgegeben werden sollen.

Angebote der Stadt, den Blau-Weissen eine andere Spielstätte vorübergehend zu Verfügung zu stellen, sind mit Vorsicht zu genießen. Denn: Erst zwei Jahre Bauzeit, danach muss alles jahreslang erhalten werden. Das heißt, eine baldige Rückkehr auf die Anlage wird es nicht geben. Und die Kinder sollen zur Miller-Hall laufen.

Die Herder-Schule soll die für Renovierung notwendigen Millionen Euro erhalten. Was aber ist mit dem kleinen, für die Stadt anscheinend unbedeutenden Verein? Michael Beltz

Inhalt:

Wahlen in Zeiten der Kriege	S.2
Amtgericht/Gaspreis/Linksfraktion	S.3
Hartz-IV-Bilanz/Schlecker	S.4
Sie machen es alle/Nichts für 1-E-Job	S.5
Ali-Broschüre/Gentechnik/Nazi-Bücher	S.6
Leserbriefe/Linkeim Kreistag	S.7
BGE = trojanisches Pferd/Termine	S.8

1. September

Nicht in zehn Jahren sondern jetzt!

Antikriegstag

Für Frieden und Sozialismus! **DKP**

Erste Hochrechnung: Managerboni: + 36% +++ Heldentote + 156 +++ Insolvenzen: + 43% +++ Neuverschuldung: + 8,6% +++ Bad Banks: + 78% +++ Kapitalflucht: +22% +++ Reallöhne: -4,5% +++

Wahlen in Zeiten der Kriege

Der Wahlkampf ist voll im Gange; die Themen reichen von Krisenbewältigung über Steuern bis Dienstwagen... Dagegen ist keine Rede davon, daß am 1. September, nur wenige Wochen vor dem Wahltermin, sich der Beginn des 2. Weltkrieges zum 70. Mal jährte. Das Thema Krieg ist tabu. Kriegsminister Jung verteilt Tapferkeitsmedaillen, aber weigert sich, den grausamen Krieg in Afghanistan beim Namen zu nennen. Seit 10 Jahren führt Deutschland wieder Kriege. 1999 haben Schröder und Fischer den Grundsatz „nie wieder Krieg von deutschem Boden“ gebrochen und mit Lug und Trug das bis dahin Undenkbare, den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Jugoslawien, durchgesetzt. Seitdem gehört deutsche Kriegsführung zur Normalität, rund 7500 Soldaten sind weltweit im Einsatz.

Dies ist Konsens von den Grünen bis zur CSU. Sie alle stehen auf Seiten des Kapitals, dessen aggressive Politik nach außen (mit Krieg für Öl und Absatzmärkte) und nach innen (mit Milliarden für die Banken und wachsende Armut für die Menschen) sie

unterstützen. Krieg und Sozialabbau sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Sie sind Folge der bestehenden Eigentums- und damit der Machtverhältnisse. Solange eine verschwindend kleine Minderheit im Besitz der Produktionsmittel ist und über die Verwendung des erarbeiteten Reichtums bestimmt, werden die Interessen der großen Mehrheit der Menschen dem Profitstreben untergeordnet. Solange werden Krieg und Armut andauern, zunehmen.

Nur die Partei Die Linke (PDL) fordert als einzige im Bundestag den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan. Sie hat ausführliche Forderungen zur Verbesserung der sozialen Lage und zur Finanzierung; aber auch sie wendet sich nicht gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln, also den Grundpfeiler des Kapitalismus. Sie ist eben eine „plurale“ Partei, die zwar eine kommunistische Plattform hat, und deren Fraktionsvorsitzender im Bundestag sich zum Kapitalismus bekennt.

Dennoch ist die PDL wichtig im Bundestag (beim Mitregieren wie im Ber-



liner Senat beteiligt sie sich allerdings auch am Sozialabbau). Als konsequente Opposition kann sie durch parlamentarische Anfragen und Eingaben sowie durch ihr Auftreten im Fernsehen den außerparlamentarischen Kampf unterstützen. Diese Aufgabe wird sie – bei einem prognostizierten Stimmenanteil von etwa 10% - auch im nächsten Bundestag wahrnehmen können.

Die wirklich entscheidenden Kämpfe müssen jedoch außerhalb der Parlamente - in den Betrieben und auf der Straße - geführt werden, insbesondere, wenn nach den Wahlen die Krisenfolgen abgewälzt und die sozialen Grausamkeiten verstärkt werden. Dem Klassenkampf von oben muß der Klassenkampf von unten entgegengesetzt werden.

DKP Kreisvorstand Gießen

P.S. In Berlin tritt die DKP mit einer eigenen Landesliste an.



"Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll - das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, nicht nur in den parlamentarisch-konstitutionellen Monarchien, sondern auch in den allerdemokratischsten Republiken." (Lenin 1917)

5 Jahre Montags-Demo in Gießen

Im September 2004 fanden auch in Gießen die ersten Montags-Demonstrationen gegen die Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe statt, zuerst noch auf dem Kirchenplatz (Foto). Seither treffen sich jeden Montag von 18 bis 19 Uhr Hartz-IV-Gegner bei den drei Schwätzern im Selterweg, um gegen Hartz IV zu protestieren. (s. Seite 4)



Amtsgericht verletzt Datenschutz

Im Februar wurde ein Brief vom Amtsgericht Gießen an eine Adresse in der Diezstr. 7 nicht etwa übergeben, auch nicht in den Briefkasten geworfen, sondern einfach an die Haustür geklebt – für alle sichtbar und von jedem entwendbar.

Die DKP Gießen hat daraufhin den Hessischen Datenschutzbeauftragten informiert. Jetzt kam die Antwort: „... ist festzuhalten, dass die im Gießener Echo, Ausgabe März 2009 auf Seite 3 beschriebene Postzustellung des Amtsgerichts Gießen fehlerhaft war und den Betroffenen... in seinen datenschutzrechtlichen Belangen verletzt hat.“

Damit nicht genug. Die Briefzustel-

lung war von einem privaten Dienstleister durchgeführt worden – angeordnet vom Hessischen (CDU-)Justiz-Ministerium. Betroffen waren 54 hessische Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Diese bodenlose Schlamperei war also kein Einzelfall. Der Datenschutzbeauftragte weiter: „Auf Wunsch von 14 Gerichten, u.a. dem Amtsgericht Gießen wurde der Vertrag bezüglich dieser Gerichte zum 31.7.2009 aufgelöst.“

Immerhin. Die betroffene Person weiß nun, daß ihre datenschutzrechtlichen Belange verletzt wurden. Kaufen kann sie sich dafür nichts. Strafbar ist das nämlich nicht. E.B.



Gas wird billiger – Strom bleibt zu teuer

Nach den drastischen Preissteigerungen des Vorjahres wird das Erdgas von den Stadtwerken Gießen (SWG) in diesem Jahr zum 2. Mal etwas billiger. Um 10 bis 15% sinken die Tarife zum 1.10.2009. Gemessen an den Ölpreisen, an die der Gaspreis angeblich gebunden ist, kommt die Preissenkung allerdings viel zu spät. In der Zwischenzeit haben die Stadtwerke ordentlichen Profit eingestrichen. Außerdem drohen die Gasversorger damit, ab 1.1.2010 könnte das Gas auch wieder teuer werden. Das ist völlig unbegründet, denn nach deren eigener immer wieder verkündeten Logik – die Gaspreise folgen den Ölpreisen mit mindestens einem halben Jahr Verzögerung – müßte der Preis für Anfang 2010 schon längst festliegen. Das zeigt mal wieder: Preis-erhöhungen werden sehr schnell und vollständig an die Kunden weitergegeben, Preissenkungen nur teilweise und mit großer Verzögerung. Nach einer jetzt vorgestellten Studie des Bundes der Energieverbraucher kasieren die Gasversorger auf diese Weise ca. 1 Milliarde Euro Extraprofite pro Jahr.

Auf unveränderter Höhe bleiben die Strompreise, obwohl auch diese längst fallen müßten. Außerdem kasieren die Stadtwerke von ihren Kunden Vorauszahlungen, die nach den hohen Vorjahrespreisen bemessen sind. Die meisten Gießener Gaskunden geben so der SWG bis etwa März 2010 unfreiwillig ein zinsloses Darlehen. Gernot Linhart

Anträge der Linksfraktion

Neben dem Antrag zur Absage der Landesgartenschau hat die Linksfraktion noch beantragt, Voraussetzungen zu schaffen, daß im Sitzungsraum der Stadtverordneten auf der unteren Ebene Platz für Zuschauer geschaffen wird, sowie eine Anfrage zum neuen Rathaus gestellt, in der u.a. um Auskunft über die Videoüberwachung gebeten wird. Außerdem wird gefragt, warum auf dem Gelände des Rathauses keine Kundgebungen mehr genehmigt werden und wo der Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus (der während der Bauarbeiten vom Berliner auf den Kirchenplatz verlegt wurde) aufgestellt werden soll.



Peinlich

Ein neuer Straßename (abiegend zur Troppauer Straße) war angesagt. Die Koalition aus CDU, Grün, FDP schlug die tschechische Stadt Konstantinsbad vor. Michael Janitzki (Linksfraktion) beantragte, die Straße nach Lidice zu benennen, dem Ort, in dem die deutschen Faschisten gewütet hatten.

Die Koalition will jedoch weder an Hiroshima noch an

Lidice erinnern. So geschah die Benennung in ihrem Sinne: „Konstantinbader Straße“, ohne dass jemand von ihnen merkte, dass das "s" fehlte und damit das Schild falsch geschrieben war. Wenn sie schon unbedingt - die Ergebnisse des 2. Weltkrieges ignorierend - den deutschen

Namen einer tschechischen Stadt, Konstantinovy Lizng, nehmen, sollten sie ihn wenigstens kennen.



Hartz IV – eine verheerende Bilanz

5 Jahre Montagsdemo gegen Hartz IV

Im September 2004 fanden auch in Gießen die ersten Demonstrationen gegen die von SPD-Grünen geplante „Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ statt, die alle Langzeitarbeitslose zu Sozialhilfeempfänger machen sollte. Am 1. Januar 2005 trat Hartz IV in Kraft, das System aus Armut, Demütigung, Schnüffelpraxis, Zwangsarbeit und Schikanen, das man über sich ergehen lassen muß, um lächerliche anfangs 345, jetzt 359 Euro im Monat zu bekommen.

Aber nur, wenn alle Auflagen erfüllt werden, sonst wird erbarmungslos gekürzt oder ganz gestrichen, z.B. wenn ein Termin versäumt oder zu spät wahrgenommen wird oder nicht die verlangten 20 Bewerbungen im Monat vorgelegt werden können.

789.000 Menschen wurden so im letzten Jahr mit Sanktionen belegt, darunter 256.000 junge Erwachsene unter 25 Jahren. 97.642 von ihnen wurde das Arbeitslosengeld 2 komplett gestrichen. Sollen sie hungern, betteln oder stehlen?

Nicht alles gefallen lassen!

31.050 Widersprüche (= 41%) wurde im vergangenen Jahr stattgegeben, 3733 Klagen vor Gericht (= 65%) waren erfolgreich.

Diese Zahlen sagen auch eine Menge über die Härte aus, mit der die Bestim-

mungen gegen die Betroffenen ausgelegt werden.

Inzwischen hat sich ein Bündnis aus Erwerbsloseninitiativen, Wissenschaftlern und Politikern gebildet, das ein Moratorium für Hartz-IV-Sanktionen*) fordert.

Hartz IV ist ungesund

Eine weitere Initiative, die „Kampagne gegen Mangelernährung“**) fordert eine Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro. Sie weist nach, daß man sich von den 3,94 Euro, die für Essen und nichtalkoholische Getränke täglich zur Verfügung stehen, nicht ausreichend ernähren kann. Hochgerechnet kann damit jeder gerade mal 1580 kcal zu sich nehmen. Ein erwachsener Mensch benötigt aber bei gesunder Ernährung täglich 2550 kcal. Nach dieser Berechnung hätte jeder, der sich gesund ernähren will, ab dem 20. eines Monats nichts mehr zu essen – von der Ernährung jener Menschen, denen Hartz IV gestrichen wurde, ganz zu schweigen! Solche Initiativen sind nötig und wichtig – und Informationen über die tatsächliche Lage der Millionen Menschen, die von Hartz IV leben müssen (und denen oft noch aus Unkenntnis „Faulheit“ oder „Sozialbetrug“ unterstellt wird) sind es auch.

Hartz IV muß weg!

Die Zahl der Erwerbslosen und damit



auch der Hartz-IV-Empfänger wird bis zum Winter gewaltig ansteigen, wenn die Pleiten-Welle fortschreitet und die Kurzarbeit ausläuft. Manch einer, der sich noch sicher wähnt, wird früher als er denkt, bei der GIAG anstehen – unter denen, auf die er vielleicht jetzt noch herabsieht.

Bei aller Notwendigkeit solcher Kampagnen, eines bleibt klar: Hartz IV muß weg! Erika Beltz

*) www.sanktionsmoratorium.de

**) www.500-euro-eckregelsatz.de

Schlecker kauft uns billiger

Wir haben dauerhaft Millionen von Arbeitslosen, das Angebot an Arbeitskräften auf dem „Arbeitsmarkt“ ist also groß. Kein Wunder, dass da die Käufer der Arbeitskraft allenthalben neu eingestellten „Mitarbeitern“ weniger bezahlen können. Aber was tun, wenn man schon genügend Arbeitskräfte unter Vertrag hat, man aber gerne weniger bezahlen möchte?

Auch da gibt es eine Reihe von Möglichkeiten. Nullrunden oder niedrige Tarifabschlüsse unter der Teuerungsrate führen zu einem Sinken des Reallohns.

Anderen, zum Beispiel den Eigentümern der Drogeriekette Schlecker, reicht das nicht.

Schlecker hat sozusagen eine Radikalkur der Lohndruckerei in seinem Unternehmen in Angriff genommen.

Sie machen einfach Filialen dicht und kündigen den dort beschäftigten Mitar-

beitern. Dann wird in der Nähe, bisweilen direkt nebenan, eine neue, größere, Filiale, „Schlecker XL“ eröffnet (bisher wohl etwa 100, bis Ende 2010 sollen es 1000 werden, für die jeweils drei bis vier bisherige Filialen geschlossen werden. Nach internen Informationen wurden allein im ersten Halbjahr 2009 mindestens 390 Verkaufsstellen dicht gemacht, nachdem 2008 bereits über 500 Filialen geschlossen wurden). Dort werden neue Mitarbeiter eingestellt, denen man dann viel weniger bezahlt. Durch einen Trick wird nämlich der Tarifvertrag für den Handel unterlaufen. Das Personal für die XL-Märkte wird durch die Leiharbeitsfirma Meniar Personalservice GmbH gestellt. Der Geschäftsführer von Meniar, Alois Over, ist alter Schlecker-Mitarbeiter. Das ganze Unternehmen gehört auch zur Firmengruppe, hat aber als Mitglied im Arbeitgeberverband der Personalleaser

Jenoptik am Ursulum (früher Franke) schließt - 40 Beschäftigte werden arbeitslos; die **Quelle-Filiale** im Seltersweg wird dichtgemacht - 10 Beschäftigte werden arbeitslos. Was ist mit der **Druckerei des Gießener Anzeigers**, nachdem „Öko-Test“ ihren Auftrag zurückgezogen hat?

statt mit Verdi einen Tarifvertrag mit einer „christlichen Gewerkschaft“ abgeschlossen. Viele der Arbeitsverträge für die XL-Märkte sind außerdem befristet.

Ein Beispiel aus Groß-Bieberau bei Darmstadt: Während die Verkäuferinnen in den kleinen Schlecker-Filialen einen tariflich garantierten Stundenlohn von 12,93 Euro erhalten hatten, bekommen die der neuen Filiale nur noch 6,50 Euro. Zudem sollen Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie vermögenswirksame Leistungen und tarifliche Altersvorsorge gestrichen werden. Außerdem wird geschätzt, dass die Umrüstaktion des Filialnetzes insgesamt mehr als 10.000 Arbeitsplätze kosten könnte.

In Gießen gibt es bis jetzt noch vier Schleckerfilialen, geschlossen haben schon drei. Die Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft Verdi wollen sich wehren – der Konzern hat einen Streik verdient! Michael Hühn

Sie machen es schließlich alle

Banken zahlen ihren Spitzenmanagern üppigere Boni denn je, faule Kredite werden ausgelagert und die Lobbyisten sorgen wieder dafür, dass die Finanzinstitute ihren Derivat- und Profitphantasien freien Lauf lassen.

In einem sind sich die Kapitalvertreter grundsätzlich und unerschütterlich einig. James Wolfensohn, früherer Präsident der Weltbank: „*Einzelne Menschen haben einen exzessiven Kapitalismus kreierte. Am System lag es nicht.*“ Er fordert „freies Unternehmertum ohne viele Handelsbarrieren“ und die „Kontrolle von Exzessen“ durch die Regierung. Überoptimistisch fügt er an: „*Das wird für eine gewisse Zeit wirken. Und dann werden neue Exzesse auftreten, denn so geht es immer zu in der Geschichte.*“ Das sagt er, wo die Exzesse schon blühen, obwohl keiner weiß, wie aus der Krise herauskommen, wo die Versuche der Krisenbewältigung dahin gehen, das exzessive Schuldenmachen, das in die Krise führte, ins Gigantische zu steigern.

Relativ wenig Beachtung findet das Agieren der Kommunen in der Krise. Fälschlicherweise stelle auch ich mir einen Stadtkämmerer immer noch als einen vertrockneten Kanzlisten mit Ärmelschonern und spitzem Bleistift vor. Im Übrigen strahlt er den - kleinlichen, aber vertrauenswürdi-

gen - Charme einer Büroklammer aus. Er aber ist doch Herr über Schulen, Straßenbahnen und Wasserwerke. Nun stellen wir uns mal einen solchen Kämmerer einer mittleren Stadt vor, den es auf einen



Kongress mit gewiefteren Kollegen größerer Städte verschlägt. Da fragt ihn etwa der Leipziger Kämmerer: „*Ja, hast du deine Kläranlage noch nicht langfristig an einen US-Investor vermietet? Da kannst du problemlos bares Geld machen. Cross-Border-Leasing. Dumietest die Anlage sofort wieder zurück. Die Investoren in den USA bekommen dann einen Steuernachlass gutgeschrieben und davon kriegt deine Gemeinde so gleich ihren Teil.*“ Unser vorsichtiger Kleinstadtkämmerer fragt: „*Ja, aber warum machen die Amis für uns so rentierliche Gesetze?*“ „*Ach, weißt du, Ronald Reagan wollte bei der katastrophalen Handels- und Zahlungsbilanz der USA*

den Export fördern. Sieh mal, real fließt ja gar nicht viel Geld beim Mieten und Zurückmieten. Fast das ganze Geschäft verläuft rein virtuell. Na, und virtuell ist doch in.“ Der Leipziger Kämmerer, der aufs Gewandhaus abonniert und natürlich Mozart-Fan ist, fügt hinzu: „*Cosí fan tutte.*“ So machen es alle. Geht das recht-

lich komplizierte Geschäft, das den engen Verstand unseres Kämmerers mit dem spitzen Bleistift überfordert, schieb, dann zahlen wir alle. Die Verträge umfassen hunderte von Seiten; Zinsen, Beraterhonorare, Bankkosten müssen beglichen werden. Die Kommune muss das Geschäft absichern durch eine Garantiebank. Wird diese in ihrer Zahlungsfähigkeit bedroht und zurückgestuft, muss die Gemeinde neue Garantien schaffen. Und ganz am Ende werden es die Bürger sein, die für die Fehlspekulationen ihrer Finanzexperten aufkommen müssen. Die Müllgebühren, Wasser- und Abwasserpreise steigen.

Nun brechen heute in der Krise den Städten und Gemeinden die Einnahmen weg. Der Städtetag verlangt vom Bund die Übernahme von Milliardenkosten. Verbandschef Landsberg: „*Wir brauchen einen Rettungsschirm! Spätestens im Herbst!*“ Dass die Stadt Gießen in dieser Zeit einen demokratisch genutzten Volkspark (Wieseckau) zum Ziergarten für Besserverdienende (Landesgartenschau) verschandeln will, wird uns noch eingehender beschäftigen.

Klaus Mewes

Keinen Cent für 1-Euro-Jobber!

1-Euro-Jobs sind an sich schon eine Zumutung. Getoppt wird das aber noch von der „Neuen Arbeit Vogelsberg“. Dort müssen 1-Euro-Jobber erst mal vier Wochen ganz umsonst arbeiten. Das hat jetzt eine betroffene Hartz-IV-Empfängerin abgelehnt und damit eine Sperre ihrer Bezüge riskiert. Die Frau, die jahrelang eine Putzstelle hatte und weiß, wie man putzt, sollte an der Gesamtschule Homberg einen Monat unentgeltlich „probearbeiten“.

Gerechtfertigt werden diese vertraglich festgelegten „Testphasen“ durch den dortigen Leiter Claus Rauhut: „*damit die Teilnehmer schauen könnten, ob ihnen die Arbeit liegt*“, - und: „*da können wir keine Ausnahme machen*“. Als ob Hartz-IV-Bezieher überhaupt die Wahl hätten! Rauhut bestritt auch,

daß tarifliche Arbeitsplätze durch 1-Euro-Jobs ersetzt werden, obwohl auch im Vogelsbergkreis die Reinigung öffentlicher Gebäude zunehmend von Privatfirmen bzw. 1-Euro-Jobbern erledigt wird.

Eine aktuelle Studie des DGB von diesem Sommer hat basierend auf einer repräsentativen Umfrage festgestellt: Nahezu jeder zweite 1-Euro-Jobber arbeitet in der gleichen Tätigkeit wie Festangestellte.

Weiß Kollege Rauhut das nicht? Als Betriebsratsvorsitzender von Kamax hat er früher ganz andere, fast revolutionäre Töne angeschlagen...

In Gießen ist unter den Montagsdemonstranten bisher von so einer Schweinerei nichts bekannt.

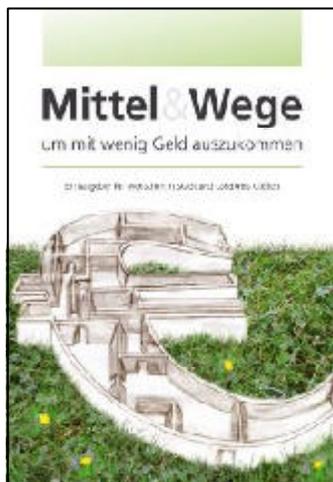


Ali-Broschüre: Gute Tipps mit Pferdefuß

Das Ergebnis einer mehrjährigen Fleißarbeit von 26 Mitgliedern der Gießener Arbeitsloseninitiative (Ali) wurde Anfang August der Öffentlichkeit vorgestellt: Eine Broschüre mit dem Titel „Mittel und Wege, um mit wenig Geld auszukommen – Ein Ratgeber für Menschen in Stadt und Landkreis Gießen“. Das Heft enthält viele Adressen von Behörden und Beratungsstellen, Tipps zum Umgang mit Ämtern und vor allem Vorschläge, im alltäglichen Leben Geld zu sparen. Mit manchen Tipps kann ein Mensch mit wenig Geld allerdings kaum etwas anfangen. Wer kann sich schon neue Elektrogeräte der höchsten Energiesparstufe leisten? Wer hat eine RMV-Jahreskarte, um beim Car-Sharing einen günstigeren Tarif zu bekommen? Gutgemeinte Ratschläge zur Hygiene und Hausmittelchen bei Krankheiten sind auch nicht jedermanns Sache, und wem es liegt, beim Einkauf um den Preis zu feilschen, der macht das auch ohne Ali-Rat.

Neben solchen eher gut gemeinten

Ratschlägen gibt es natürlich auch viele brauchbare Anregungen, wie man im Alltag mit weniger Geld auskommt, so daß sich das Lesen für alle sparsamen Menschen lohnt. Auch die



Anregungen zur Organisation des täglichen Lebens und zur Aufstellung eines persönlichen Haushaltsplans sind nicht nur für Erwerblose nützlich.

Beim Vorstellen der Broschüre betonte der Ali-Vorsitzende, der katholische Betriebsseelsorger

Kunkel, es sei Pflicht der Gesellschaft, gegen die Armut zu kämpfen. Da gilt es, darauf zu achten, daß die Ratschläge dieses Heftes nicht dazu mißbraucht werden, das Leben mit wenig Geld als ganz erträglich hinzustellen, um damit weitere Kürzungen zu begründen.

Die Broschüre ist kostenlos erhältlich bei der Ali (Walltorstraße 17), der GIAG und bei den Sozialämtern.

Gernot Linhart

„Ohne Gentechnik“ - Mogelpackung!

Mit großem Medien-Trara hat Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner eine neue Kennzeichnung für Lebensmittel vorgestellt: Ohne Gentechnik. Die Bestimmungen zur Vergabe dieses Labels zeigen aber, daß es sich dabei um Etikettenschwindel handelt, ehrlicher wäre „Fast ohne Gentechnik“ oder „Mit weniger Gentechnik“. Schweine zum Beispiel dürfen bis 4 Monate vor der Schlachtung genverändertes Futter fressen, Milch darf so gekennzeichnet werden, wenn die Tiere 3 Monate lang nichts Genmanipuliertes bekommen haben, Eier sind nach 6 Wochen gentechnik-freier Fütterung sauber. Etwas Gen-Futter bleibt erlaubt, die Beimischung darf nur 0,9% nicht übersteigen. Die Organisation „Foodwatch“ fordert stattdessen eine Negativcharakterisierung „Mit Gentechnik“ für alle Waren, bei deren Produktion genveränderte Futtermittel eingesetzt wurden. Aber auch da gäbe es wieder das Problem, ab welchen Grenzen diese Kennzeichnung erfolgen muß. Bei strengen Maßstäben müßten dann fast alle Lebensmittel diese Kennzeichnungen tragen, und der Käufer wäre so klug wie vorher. Die Agrarkonzerne haben es leider schon geschafft, die Gentechnik in der Landwirtschaft so weit zu verbreiten, daß fast jeder unfreiwillig zum Unterstützer dieser Anbautechnik wird.

Gernot Linhart

Protestiert gegen Nazi-Bücher im Internet!

Zufällig fand ein Echo-Leser im Internet Bücher des Nazi-Verbrechers Baldur von Schirach angeboten, der als „Reichsjugendführer“ im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden war.

Er teilte dies der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien mit, die aber nur für Medien zuständig ist, die nach Gründung der BRD entstanden sind.

Dennoch antwortete sie ausführlich und legte u.a. dar, daß der Verkauf antiquarischer NS-Bücher nicht verboten ist, sondern nur dann ein Straftatbestand ist, wenn NS-Kennzeichen (Hakenkreuze etc.) abgebildet sind. Dies verstößt dann gegen den § 86a des Strafgesetzbuches. Das gilt

auch für Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“, die aus purem Antisemitismus, Rassismus und Kriegsdrohungen besteht.

Nach gesundem Menschenverstand müßte solche Volksverhetzung nicht

nur als „jugendgefährdend“ eingestuft sondern generell verboten werden – Urheberrecht hin oder her. Und nach § 130 Strafgesetzbuch ist Volksverhetzung strafbar.

Das verlangt im übrigen auch das

Grundgesetz, das in § 139 das von den Alliierten angeordnete strikte Verbot jeglicher faschistischer Betätigung ausdrücklich bekräftigt. Darum kümmert sich jedoch keine Bundesregierung – ebensowenig wie um das entsprechend überfällige Verbot aller Naziorganisationen, allen voran der NPD.

Es bleibt die Aufforderung an unsere Leserinnen und Leser, die betreffenden Plattformen (booklooker, amazon, zvb usw.) anzumailen und denen mitzuteilen, was von diesen Angeboten zu halten ist!



Leserbriefe

Die Wiedergeburt der Zocker

Die Broker lassen an der Wallstreet wieder die Champagnerkorken knallen. Gleichzeitig wird der Kampf ums tägliche Überleben für Obdachlose z.B. im „Golden State“ Kalifornien immer härter. Los Angeles führt die „Hitliste“ der „10 übelsten Orte für Obdachlose“ an. Ähnliche Entwicklungen wie zum Beispiel bei den immensen Dividenden der Deutschen Bank sind in Deutschland bei gleichzeitigem Anstieg der Arbeitslosigkeit und Armut feststellbar. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass nach der Krise vor der Krise ist!

Kurt Venohr

Erschreckende Quote

Die Abgeordneten im Bundestag halten ihre Lobbytätigkeiten für nicht offenlegungspflichtig. Dies illustriert die bedenklich enge Verzahnung von Parlament und Lobbygruppen. So stellen Lobbyisten offenbar mittlerweile fast ein Viertel der ordentlichen Mitglieder des Verteidigungsausschusses. Das ist eine erschreckende Quote. Mit dem parlamentarischen Staatssekretär Thomas Kossenday sind sie sogar in die Leitungsebene des Verteidigungsministeriums vorgestoßen. Herr Schreiber ist also kein krimi-



neller Einzelfall, sondern die vorläufige Spitze des Eisbergs. Es ist intransparent, wer auf Kosten der Steuerzahler im Bundestag Rüstungsprojekte zu überhöhten Preisen durchsetzt, während die Kommunen ausbluten. Die Militarisierung wird insbesondere in Zeiten der Krise zu Lasten der Bevölkerung forciert und damit u.a. Auslandseinsätze der Bundeswehr vorangetrieben - dies gegen den weit überwiegenden Willen der Menschen in unserem Lande. Das parlamentarische System wird so ausgehebelt, die Politikverdrossenheit wird so zunehmen.

Uwe Moldenhauer

Subvention an die Privatwirtschaft

Nun rächt sich augenscheinlich die Einführung von Leiharbeit bzw. die nahezu kriminelle Ausweitung geringfügiger Beschäftigungen. Sie sind die größte Subvention an die private Wirtschaft. Nur, wer zahlt den Ausgleich für die vorenthaltenen Einkommen? Ach ja, die typischen Beschäftigungsverhältnisse, die es bald kaum noch geben wird. So wird es wohl sein, einfach kabarettreif, gelle? Und dass kein Missverständnis entsteht: viele Gewerkschaftsfunktionäre haben hier fleißig mitgewirkt. Was die verlogene Bildungspolitik angeht, folgendes Zitat eines des Kommunismus Unverdächtigen: „Der Mensch, wenn er Mensch werden soll, muss gebildet werden,“ (Joh. A. Comenius, 1592-1670, Theologe).

Falk Moldenhauer

	UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, tel 0201-2486482, E-mail: UZAbo@t-online.de www.unsere-zeit.de
Probeexemplare bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):	

Betriebliche (Mit-)Bestimmung

Ein Betriebsrat darf bestimmen mit Schritt für Schritt, wer der nächste ist, der einen frißt.

Rachid Boubekri

Pressemitteilung: Linkspartei fordert Auskunft über „Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ im Kreis

Dazu hat die Linke einen detaillierten Berichts Antrag im Kreistag gestellt. „Die Entscheidung, in jedem Landkreis einen Reserveoffizier der Bundeswehr zu installieren, ist für uns nichts anderes als ein Einstieg in den von Bundesinnenminister Schäuble geplanten Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Die Sondereinsatzgruppen des Rettungsdienstes und der Katastrophenschutz im Landkreis sind sehr gut ausgebaut und trainiert. Bisher konnte jedes „Großschadensereignis“ auch ohne Hilfe des Militärs bekämpft werden. Sollten dennoch Defizite bestehen, dann muss man diese mit mehr Investitionen in Rettungsdienst und Katastrophenschutz angehen“, so der Sanitäter und Gruppensprecher der Linken im Kreis, D. Stephan. „Die Offiziere der Bundeswehr sind im Ernstfall den Befehlen ihrer Generäle verantwortlich und nicht denen des demokratisch ge-

wählten Parlaments. Das ist so nicht hinnehmbar.“ Die Linke versteht sich als internationale Friedenspartei. „Wir stehen eisern zu unserer Forderung, alle deutschen Soldaten aus allen Auslandseinsätzen zurück zu holen und Krieg nicht länger als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ einzusetzen, wie es die Bundesregierung tut. Diese Politik dient ausschließlich der Rüstungsindustrie und damit dem Kapital. Dafür Menschenleben zu riskieren, ist menschenverachtend... Im Parlament wollen wir daraufhinwirken, den Landkreis Gießen zur „entmilitarisierten Zone“ umzuwandeln. Das wäre ein Fortschritt für die ehemalige Garnisonsstadt, die nach dem Abzug der Bundeswehr und der US-amerikanischen Truppen erstmals in ihrer Geschichte frei von Armeen ist. Die Beendigung der ZMZ wäre hierzu ein erster Schritt.“



Redaktionsschluß für das Oktober-Echo: 24.9.09

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck. Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de> <http://www.dkp-hessen.de>

Bedingungsloses Grundeinkommen – ein trojanisches Pferd

Die Idee eines Grundeinkommens für alle ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfung findet derzeit regen Zuspruch. Damit bekämen alle Menschen ausreichend Geld, um anständig leben zu können. Doch sei die Frage erlaubt: Wieso sind Vertreter des Kapitalismus, des Systems also, das Arbeitsplätze vernichtet und Armut produziert, für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE)?

Antwort: das BGE wirkt als Kombilohn; das Kapital wälzt einen Teil der Lohnkosten auf den Staat ab, um höhere Renditen zu erzielen. Der frühere Präsident des DIHT, Stahl, bezeichnete 1997 den Kombilohn als „eine Art trojanisches Pferd, das wir bei den Gewerkschaften und den Sozialpolitikern aufstellen. ...Wir können nicht auf einen Schlag das gesamte Sozialniveau absenken, ohne dass die Sozialpolitiker ... aufschreien.“*)

Die Illusion, ohne Arbeit ein selbstbestimmtes und freies Leben führen zu können, ist sowohl für Arbeitslose als auch für Erwerbstätige nicht ungefährlich. Durch den von Kapitalisten, also den Ausbeutern, geförderten Gedanken, alle sollen genug (was „genug“ ist, bestimmen die Herrschenden) Geld zur Verfügung haben, wird die Kampfkraft in Tarifauseinandersetzungen geschwächt. Das

BGE würde, weil es eine massive, flächendeckende Lohnsubvention wäre, das bestehende Tarifsysteem völlig zum Einsturz bringen. Damit wird die Existenz von Gewerkschaften in Frage gestellt und die Sozialsysteme (Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung) werden zerstört.

Schlussfolgerung:

In jeder Gesellschaft muss für die Befriedigung der täglichen Bedürfnisse gearbeitet werden. Aber: Die Arbeitszeit muss - bei vollem Lohn- und Personalausgleich (alte Forderung der Gewerkschaften) - radikal verkürzt werden. Dann müssen, bei gleichem Arbeitsvolumen, mehr Arbeitskräfte eingestellt werden auf der Grundlage eines Mindestlohns von 10 Euro. Die Intensität der Arbeit nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die Menschen werden krank und haben Angst, sich krank zu melden. Pflegepersonal, Erzieherinnen, Verkäuferinnen, Arbeiter in Betrieben, Angestellte bei Post und Bahn (privatisiert) – sie alle leiden unter Arbeitshetze. Dies erfordert Kampf mit starken Gewerkschaften, die sich endlich mehr für die Erwerbslosen einsetzen und für Arbeitszeitverkürzung kämpfen müssen.

Das Kapital macht keine Geschenke, das sollte eine Lehre aus der Geschichte sein. Die CDU wird keine Steuersenkung (allenfalls für die Rei-

chen) nach der Wahl durchführen, und die SPD wird "Vollbeschäftigung" in den nächsten Jahren ausschließ-lich mit 1-€-Jobs und Niedriglohn erreichen können.

Arbeitslosigkeit wird erst unter sozialistischen Bedingungen überwunden werden, wenn die Eigentumsfrage zu Gunsten der Mehrheit der Bevölkerung entschieden ist. Dann kann jeder und jede unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten und leben. Daher: Klassenkampf statt Volksgemeinschaftsideologie.

Michael Beltz/Andreas Kreiling *) zitiert bei Rainer Roth, Zur Kritik des BGE.



Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern:
**Protest gegen
Hartz IV**

Die nächste öffentliche Mit-
gliederversammlung der
DKP ist am Mittwoch, dem
23. September, um 19.30
Uhr im Winchester-Zimmer
der Kongreßhalle

Erich Schaffner in Wetzlar



Zu einem alternativen Nationalfeiertag laden die Gruppen der DKP und der Linken im Lahn-Dill-Kreis ein.

Der Schauspieler und Rezitator **Erich Schaffner** (Mörfelden)

gastiert am **Samstag, 3. Oktober, im Saal des "Harlekin"** (Güllgasse, Wetzlarer Altstadt), Beginn: 19 Uhr, mit dem Programm

"Satiren unterm Beil?"

Antifaschistische Satiren und Lieder von 1933 - 1945. Am Klavier: **Georg Klemp**.

Liebe Leserinnen und Leser,
diese Zeitung zu machen kostet Geld.
Wir bitten daher um **Spenden**, auch
damit wir das Echo weiterhin in hoher
Auflage von 6000 verteilen können.

Gießener Echo

**Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025,
Sparkasse Gießen**

Wir möchten uns an dieser Stelle sehr
herzlich für alle Spendern bedanken -
seien es große oder kleine Beträge, sie
helfen alle.

**Bitte auch die Abo-Gebühren
- falls noch nicht geschehen -
überweisen.**